

Jürgen Trittin

Die neue Welt(un)ordnung

Deutschlands Verantwortung in der globalisierten Welt

Meine Damen und Herren,

1 Dank

ich habe schon gebangt, ob ich heute überhaupt hier sprechen kann. Nicht wegen des Herrn *Weselsky*. Sondern wegen des **Stresstestes der EZB**.

Aber ich denke, nicht nur Ihren Shareholdern, etwa meiner lieben Finanzministerin *Monika*

Heinold, ist mit dem Ergebnis ein Stein vom Her-

zen gefallen – sondern auch dem gesamten Vorstand.

Die HSH-Nordbank ist dabei, die Folgen der Finanzkrise von 2008 zu überwinden.

Warum habe ich das hier angesprochen? Weil es mit unserem Thema zu tun hat.

Wir sind mit einem ganzen **Bündel akuter, aufkommender und noch nicht überwundener Krisen** konfrontiert.

2 Die neue Weltunordnung

Schauen wir auf eine Karte und markieren die akuten gewalttätigen Konflikte, dann kann einem Bange werden. 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, nach dem Ende des Kalten

Krieges, kann von einem Ende des Krieges nicht die Rede sein.

Wir haben es mit einer Vielzahl von Krisen und Konflikten zu tun, die den globalen Frieden bedrohen. Dabei ist nicht mehr klar zu verorten, wer Verursacher, wer Gegner, wer Beschleuniger, Befrieder oder Profiteur solcher Konflikte ist. Kurz gesagt: Die Welt ist unübersichtlich geworden.

Und all das geschieht nicht weit weg, sondern unmittelbar vor unserer Haustür.

Die Europäische Union ist von Kriegen und Konflikten umgeben – auf dem Kontinent und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

↳ In der **Ukraine** ist nach der Annexion der Krim und den anhaltenden Kämpfen in

der Ostukraine nicht nur die angestrebte strategische Partnerschaft der EU mit Russland in die Brüche gegangen. Inzwischen warnt sogar der von Putin angefeindete *Michael Gorbatschow* vor einem „*neuen Kalten Krieg*.“

↳ In Folge des Kriegs und des Regimesturzes ist aus dem ölreichen **Libyen** ein zerfallender Staat geworden. Sein Zerfall und seine Waffen destabilisieren ganz Nordafrika bis hinunter nach **Mali**, wo schon deutsche Truppen im Ausbildungseinsatz sind.

↳ Die **größte humanitäre Krise** findet in der **Zentralafrikanischen Republik** statt, in der es heute mehr Flüchtlinge und Binnenvertriebene gibt als in Syrien und dem

Irak. Hier findet mit 40 000 Soldaten mittlerweile die größte **UN-Mission** statt, größer noch als die 20 000 Soldaten, die die UN einsetzt, um den seit 20 Jahren dauernden Krieg im Ostkongo zu beenden. Es handelt sich um eine Level 3-Krise nach der Definition der Vereinten Nationen.

↳ Auf dem gleichem Level wird die Situation im bürgerkriegsgeschüttelten **Süd-Sudan** eingestuft -auch hier sind im Rahmen von **UNMISS** deutsche Soldaten im Einsatz. UNMISS hat heute weniger damit zu tun, den Waffenstillstand zum Norden zu überwachen, als die Bevölkerung vor den mörderischen Banden zu schützen.

↳ Gewöhnt haben wir uns schon an das zerfallene **Somalia** und sorgen mit der EU-

Mission **Atalanta** dafür, dass wenigstens die Schifffahrt nicht unter der daraus erwachsenden Piraterie leidet.

↳ Aus dem *Arabischen Frühling* wurde in **Ägypten** eine Militärdiktatur. Vor Reisen in den **Jemen** oder ins Atlasgebirge rät das Auswärtige Amt dringend ab.

↳ In **Syrien** starben in drei Jahren Bürgerkrieg 200 000 Menschen. Wahrgenommen wurde dies erst wieder, als sich die Sieger unter den Gegnern von *Assad*, der lange aus **Saudi-Arabien** und **Katar** finanzierte, von der **Türkei** mindestens geduldete *Islamische Staat* daran machte, sein *Kalifat* in den **Irak** auszudehnen und so **Libanon** und **Jordanien** mit in den Abgrund zu ziehen drohen.

- ↳ Gegen den IS wirken *Al Qaida* und die *Taliban* fast gemäßigt. Aus **Afghanistan** zieht die NATO zwar bis Ende 2016 ab - ob trotz jährlicher Milliardenhilfe für den afghanischen Sicherheitssektor die Lage dort stabil bleibt, bleibt allerdings offen.
- ↳ Der **Nahost-Konflikt** ist neu entflammt, von einer neuen **Intifada** ist die Rede. Der jahrzehntelange politische Konflikt um das Land droht immer mehr, ein religiöser Konflikt zu werden. Und mit der unnachgiebig vorangetriebenen Siedlungspolitik der Regierung Netanjahu droht die Zwei-Staaten-Lösung faktisch unmöglich zu werden.
- ↳ Die gefährliche **Ebola-Epidemie** hat bereits tausende Opfer gefordert. Ein zu zö-

gerliches Vorgehen der Weltgemeinschaft verbunden mit einer fatalen Unterschätzung der Situation hat mit zu einer Ausbreitung des tödlichen Ebola-Virus geführt und bedroht zudem die staatliche Ordnung der betroffenen Länder.

Seit 25 Jahren ist die **Bipolarität** der Welt **beendet**. Die mal bejubelte, mal kritisierte, mal vermisste **unilaterale Welt** der einzigen Supermacht ist wegen Überdehnung der USA **Geschichte**. Den Weltpolizisten gibt es nicht mehr. Ob man das nun gut oder schlecht findet, **der Scheriff ist weg**.

Nicht nur im näheren und weiteren Mittleren Osten. In Asien spitzen sich die Gebiets- und Rohstoffansprüche drohend gewaltsam zu. In Lateinamerika hat der Drogenkrieg weite Pro-

vinzen und Staaten wie **Mexiko** zu *failing states* werden lassen.

Dass aus dem Ende der Bipolarität, dem Scheitern der Unilateralität, dem Aufstieg der *BRICS-Staaten* (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) nun eine **multipolare Ordnung** erwächst, ist **nicht erkennbar**.

Von einem **effektiven Multilateralismus**, dem sich die deutsche Außenpolitik verpflichtet weiß, **ganz zu schweigen**.

Es herrscht eine neue Welt(Un)Ordnung.

"Die Welt ist aus den Fugen geraten" (Frank Walter Steinmeier). Doch finden sich in jedem Chaos auch Gesetzmäßigkeiten. Die aktuellen Krisen und gewaltsamen Konflikte haben- wenn

man genau hinschaut - verblüffende Gemeinsamkeiten.

Vor 100 Jahren begann der 1. Weltkrieg - *La Grande Guerre*, wie ihn die Franzosen nannten. Mein Großvater zog - bevor er Banker wurde - in diesen Krieg unter der Parole *Jeder Schuss ein Russ - Jeder Stoß ein Franzos*. Damals führten Staaten gegen Staaten Krieg. So ein Muster zeichnet sich heute höchstens in Ostasien noch ab.

Die Kriege von heute sind entstaatlicht.

Das heißt nicht, dass keine Staaten daran beteiligt sind. Ihre Involvierung ist aber eine andere als vor hundert Jahren. In heutigen Kriegen kämpfen Terroristen und Freischärler, Söldner

und Soldaten, kommandieren Staaten, Clans und/oder Warlords.

Die Kriege von heute sind asymmetrisch.

Wir haben es heute oft mit technisch und finanziell mehrfach überlegenen Mächten mit absoluter Lufthoheit samt Drohnen auf der einen Seite und lediglich mit Schnellfeuerwaffen und Pick-ups ausgestatteten Kämpfern auf der anderen Seite zu tun. **Dennoch dauern diese Kriege Jahrzehnte.** Der militärisch stärkste Staat der Erde, die USA, konnte auch mit über 300 000 Soldaten den von ihnen besetzten Irak nicht wieder stabilisieren. Die stärkste Militärmacht der Welt, die NATO, konnte im Auftrag der UN Afghanistan nicht nachhaltig stabilisieren.

Die Kriege von heute kennen keine Sieger und keine Verlierer.

"No victor - no vanquished". Dieser Satz von *Barack Obama* trifft den Nagel auf den Kopf. Am **Ende solcher Konflikte stehen immer politisch verhandelte Kompromisse**. Um einen solchen zu ermöglichen, hat Deutschland den *Taliban*, mit denen man vor zehn Jahren gar nicht reden wollte, in Doha ein Büro angemietet - die USA waren dankbar dafür.

Wenn wir über deutsche Verantwortung in einer globalisierten Welt sprechen, dann müssen wir darüber reden, **welchen Beitrag wir dazu leisten können, solche Krisen, Kriege und Konflikte zu vermeiden und zu beenden.**

Und da geht es um **sehr viel mehr** als um den fallweise **auch notwendigen Einsatz militärischer Mittel**.

Wir brauchen die Renaissance einer echten Friedenspolitik. Diese muss sich in einer kohärenten und nachhaltigen Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Energie-, Klima-, Wirtschafts- und Finanzpolitik widerspiegeln, weil wir es mit einer Reihe von neuen und hochkomplexen Faktoren und Akteuren zu tun haben, auf die man nicht mit Instrumenten aus den Zeiten des Kalten Krieges reagieren kann.

Auch nicht in der Ukraine.

3 Globale Risiken und zerfallende Staaten

Was lässt Staaten zerfallen, begünstigt den Aufstieg von Insurgenten, Warlords und Banden?

Erstaunliche Gemeinsamkeiten zwischen Ukraine und Irak, zwischen Libyen und Afghanistan gibt es eben nicht nur in der Art der Konfliktaustragung, der Kriegsführung.

Es sind die gleichen Risiken, die Staaten zerfallen lassen und in gewaltsame Konflikte führen.

Ich möchte hier vier nennen:

↳ **Klimawandel**

↳ **Rohstoffkonkurrenz**

↳ **Ungleichheit**

↳ **Proliferation**

Diese Risiken überlagern und verstärken sich gegenseitig. Dürre verstärkt Armut, Proliferation lässt die Kämpfe um Rohstoffe eskalieren.

In all den genannten Konflikten finden sich Elemente dieser Risiken wieder.

↳ Die Ausdehnung der Wüsten als Folge des Klimawandels lässt den Zerfall **Somalias** nach **Kenia** überspringen, heizt in **Darfur** den Krieg zwischen Nomaden und Hirten an. Auch der Konflikt in der **Zentralafrikanischen Republik** wird verschärft.

↳ Die schamlose Bereicherung der führenden Elite und die Ausgrenzung und Ver-

armung der Bevölkerungsmehrheit haben in der **Ukraine** den *Maidan* ausgelöst, der *Janukowitsch* stürzte. Sie haben in **Ägypten** und **Tunesien** Diktaturen gestürzt. Sie haben in **Syrien** die Sunniten in die Opposition zu *Assad* getrieben und dieser antwortet mit einem brutalen Bürgerkrieg.

↳ Es verbietet sich, von Rohstoffreichtum zu sprechen - man muss wohl eher von einem **Rohstofffluch** sprechen - insbesondere mit Blick auf energetische Rohstoffe wie Öl und Gas. Nach 30 Jahren Krieg zwischen dem Süden und dem Norden zerlegt der Streit über Öleinnahmen nun den **Südsudan**. Der Kampf in **Libyen** ist auch ein Krieg ums Öl. Die Nichtbeteiligung von Sunniten und Kurden an den Öleinnah-

men des **Irak** lässt ihn zerfallen und die Sunniten zum IS überlaufen. Die Abzocke der Transitgewinne aus dem Gasgeschäft mit Russland war Quelle der Bereicherung von *Timoschenko* bis *Janukowitsch* in der **Ukraine**.

↳ Die Proliferation ist heute weniger ein Problem der nuklearen oder der Ausbreitung chemischer Waffen - wie der **Nukleardeal** mit dem **Iran** und auch die Beseitigung der **syrischen Chemiewaffen** belegen. **Die Massenvernichtungswaffe von heute ist die AK 47** - in allen genannten Konflikten stoßen wir auf die *Kalashnikov*, die seit dem 2. Weltkrieg Millionen Menschen den Tod gebracht hat.

Nur wer den Risiken Klimawandel, Ungleichheit, Rohstoffkonkurrenz und Proliferation begegnet, wird die Welt in ihren Fugen halten können. Und nur, wer diesen Risiken entgegenwirkt, wird Krisen und Kriege beenden können.

Hierbei kommt es auf mehr an als die notwendigen militärischen Fähigkeiten.

4 Klimawandel und Ungleichheit – globale Schlüsselherausforderungen

Was steht für Deutschland, für Europa im Mittelpunkt einer solchen Strategie?

Es gibt in Deutschland einen breiten außenpolitischen Konsens: Vom Primat der UN über die Einbindung in die EU, die transatlantische

Freundschaft, eine gute Nachbarschaft mit Russland bis zur besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Dieser Konsens wird von nahezu allen Parteien im Deutschen Bundestag geteilt.

Wie wir im Netz beobachten konnten, teilt allerdings eine kleine Minderheit der Partei DIE LINKE die Haltung der besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel und Palästina nicht. Ein echter Griff ins Klo, wenn der eigene Vorsitzende deshalb bis auf die Toilette verfolgt. **Dieser Vorfall hätte einer politischen Aufarbeitung verdient – doch davor drückt sich Gysi.**

Dieser Konsens der deutschen Parteien aber sollte vorhandene Differenzen nicht verkleistern. Gerade wenn eines der vier großen Risiken die Proliferation ist, dann müssen wir mit der - noch jungen - Tradition der *Merkel-Doktrin* bre-

chen. Sie lautet: *Wir schicken Waffen statt Soldaten.*

Diese aus den Erfahrungen des Scheiterns mancher Interventionen gezogene Schlussfolgerung verkennt:

- ↳ Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund.
- ↳ Die Feinde von gestern sind die Partner von heute (Iran oder auch die PKK)
- ↳ Die Freunde von gestern sind das Problem von heute (Saudi-Arabien, Katar und die Unterstützung des sunnitischen Terrorismus)

Wir brauchen also eine restriktivere und keine liberalere Rüstungsexportpolitik, wir brauchen ein Rüstungsexportgesetz.

Doch wichtiger ist etwas anderes:

Deutschland ist **zu groß**, um das Weltgeschehen von der Außenlinie zu kommentieren. Deutschland ist **zu klein**, um alleine den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden.

Eine gemeinsame, und ich präzisiere, eine vergemeinschaftete, das heißt dem Mehrheitsprinzip unterliegende, europäische Außenpolitik ist daher im deutschen Interesse.

Gerade die EU, deren Stärke weniger auf militärische Macht, als auf **soft power** beruht, ist besonders geeignet, sich den zwei globalen

Herausforderungen zu stellen:

↪ dem **Klimawandel**

↪ der globalen **Ungleichheit**

Damit würde gleich drei der vorhandenen Risiken entgegengewirkt.

↪ Ein ambitionierter Klimaschutz durch mehr Erneuerbare, Energieeffizienz und Energiesparen **mindert die Rohstoffkonkurrenz** um Öl und Gas. Ein Bremsen der Fleischproduktion mindert die Landnutzung (17 % der CO₂-Emissionen) und die Verschwendung von Wasser. Es **sichert die Welternährung**, wenn nicht ein Drittel allen Getreides im Trog landet.

↪ Lernkurven und Massenproduktion bei Erneuerbare Energien, intelligenten Netzen, Batterietechnologien machen **mo-**

derne Technologien auch in armen Regionen bezahlbar und leisten so einen Beitrag für Wachstum und Überwindung von Armut.

↪ **Weniger Ungleichheit mindert den Wachstumszwang** gerade in den entwickelten Ländern und mindert auch so die Ressourcenverschwendung.

Bekämpfung des Klimawandels und Minderung der Ungleichheit sind globale Krisenprävention. Und ohne sie wird es keine Befriedung der vorhandenen gewaltsamen Konflikte geben.

In einer solchen Politik liegt die Herausforderung für Deutschland.

Bei seiner Eröffnungsrede zur 50. Münchener Sicherheitskonferenz hat Bundespräsident

Gauck die Verantwortung Deutschlands angemahnt, aber auch die Chancen eines solchen Engagements unterstrichen - gerade für ein mit der Welt verwobenes Deutschland. Er plädierte zu Recht für **mehr Verantwortung** in der deutschen Außenpolitik:

„‘Mehr Verantwortung‘ bedeutet eben nicht: ‚mehr Kraftmeierei‘! Und auch nicht: ‚mehr Alleingänge‘! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland Gestaltungskraft hinzu.“

Die angemahnte Verantwortung Deutschlands ist also **keine primär militärische**.

Verantwortung liegt darin, einen Beitrag zu leisten, den Risiken und Gefahren für Frieden und Sicherheit entschlossen entgegenzutreten – dem fortschreitenden Klimawandel, der verschärften Rohstoffkonkurrenz, der wachsenden Ungleichheit und der Verbreitung von Waffen.

5 Deutsche Verantwortung konkret

Für deutsche Verantwortung gibt es eine ganze Liste von Aufgaben.

Deutschlands Verantwortung bei der Ordnung der Welt-un-ordnung beginnt damit, eigene Zusagen einzuhalten.

1. Nehmen wir unsere **Verantwortung für die Weltkonjunktur** ernst – hören wir auf,

uns wie beim letzten G20-Gipfel zu isolieren. Wenn die Welt 2,1 Billionen US-Dollar in neue Infrastruktur investieren will, kann Deutschland das nicht auf 2016 vertagen und nur lächerliche 10 Mrd. Euro in drei Jahren beitragen.

2. Hören wir auf, bei der **Stabilisierung des Weltfinanzsystems** auf der Bremse zu stehen. Dass es mehr als 6 Jahre dauerte, bis die G20 endlich höhere Eigenkapitalanforderungen (*leverage ratio*) für Großbanken beschlossen, geht auf den Widerstand der deutschen Bundesregierung und der Deutschen Bank zurück.
3. Werden wir – wie unter *Kohl* und *Töpfer*, wie unter Rot-Grün – wieder zum **Vorreiter im Klimaschutz** und hören auf, Europa

auszubremsen. Statt wie *Gabriel* das nationale Klimaschutzziel für ein paar alte Kohlemöhren aufzugeben, brauchen wir ambitionierte, vor allem **verbindliche Klimaziele für 2030** und ein **Klimaschutzgesetz**. Leisten wir so unseren Beitrag für den Erfolg der Klimakonferenz 2015 in Paris.

4. Deutsche Außenpolitik ist nur als **europäische Außenpolitik** stark. Dazu müssen die gemeinschaftlichen Strukturen gestärkt werden. Europa ist das richtige Format gerade für die **notwendigen zivil-militärischen Missionen**, die den Kriegen und Konflikten bis heute begegnen können. Wir werden hier mehr leisten müssen.

5. Wir brauchen **mehr Polizei für Auslandseinsätze**. Polizei und Justiz sind die Schlüssel vom Krieg zur *post-war-society*. Beenden wir den Skandal, dass die versprochenen 960 Polizistinnen und Polizisten, die auf Abruf für Auslandseinsätze zur Verfügung sollen, dies nur auf dem Papier tun.

6. Wir brauchen eine **restriktive Rüstungsexportpolitik**. Insbesondere der Export von Kleinwaffen muss wirksam begrenzt werden. Wenn die Bundesregierung ihre eigenen Rüstungsexportrichtlinien nicht ernst nimmt, dann verpflichten wir sie doch darauf durch ein **Rüstungsexportgesetz**.

7. Kämpfen wir für eine **Welt-UN-Ordnung**.

Es geht heute nicht um *der* Westen gegen *den* Islam, wie der IS es glauben machen will. Es geht um die **Weltgemeinschaft gegen eine zerstörerische Weltunordnung**. Gerade militärische Missionen bedürfen einer **klaren völkerrechtlichen Legitimation** – weniger aus moralischen Gründen, sondern um Erfolg haben zu können. Wo bleibt das UN-Mandat für die Koalition gegen IS? Hier blockieren aktuell nicht Russland, sondern die USA.

8. Deutschland wird **mehr an UN-Missionen teilnehmen** müssen. Die Logik, die reichen Länder zahlen (Deutschland 8 %) und die *Bangladeshis* und *Fidschis* halten unterm Blauhelm den Kopf hin, kann nicht

fortgesetzt werden. Das heißt nicht so sehr deutsche *boots on the ground*. Das wäre in vielen Regionen – etwa Syrien, Irak – kontraproduktiv. Aber es geht um Logistik, um Intelligence und um Sanität. Aber das setzt eine **anders ausgerüstete und ausgerichtete Bundeswehr** voraus. Sie braucht nicht mehr Boxer, sondern mehr Hubschrauber, mehr Flugzeuge, mehr Aufklärungsdrohnen.

9. Verhindern wir einen neuen Kalten Krieg. Sicherheit gibt es in Europa nur auf der Basis der **Schlussakte von Helsinki**. Sie schreibt die **Unantastbarkeit der Grenzen** in Europa fest. Aber Sicherheit gibt es in Europa **nur mit Russland**. Deshalb ist Überwindung der Ukraine-Krise eine poli-

tische, eine diplomatische Frage. Diese Lösung wird durch Säbelrasseln und eine NATO-Ausdehnung nicht leichter sondern schwerer.

10. Wir brauchen einen **Aufholplan bei der Entwicklungszusammenarbeit**. Deutschland muss seinen **Wortbruch beenden**. Deutschland hat bei den G8 zugesagt und sich in Europa verbindlich verpflichtet, im Jahr 2015 mindestens 0,7 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Aktuell gibt Deutschland mit 10,6 Milliarden Euro gerade einmal 0,38 Prozent aus, während Großbritannien dieses Ziel bereits 2014 übererfüllt hat. Der *Stillstand Made in Germany* in der internationalen Politik

wird nicht nur dazu führen, dass das Ziel 2015 verfehlt wird, sondern dass der Wortbruch danach fortgesetzt wird. Bis 2017 droht der Beitrag, auf 0,35 % hinabzufallen – so GERMANWATCH. Eine **Verdoppelung der Investitionen** in Klimaschutz und zur Bekämpfung der globalen Armut wäre praktizierte deutsche Verantwortung in einer globalisierten Welt, es wäre aktive Krisenprävention.

Deutsche Außenpolitik ist europäische Außenpolitik. Deutsche Außenpolitik will einen effektiven Multilateralismus mit dem Primat der Vereinten Nationen. Deutsche Verantwortung gebietet es, den globalen Risiken mit einer Politik gegen Klimawandel und Ungleichheit entgegen zu wirken. Nur so verhindern wir, dass aus zerfallenden Staaten eine zerfallene Welt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.